

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle für Angelegenheiten des Erzgebirges
Karl-Marx-Platz 10, Leipzig
Telefon 1111

Veröffentlichungen nehmen die Redaktionen
an. - Einzelhefte 10 Pfennig
Jahrespreis 100 Pfennig

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1498

Nr. 126

Sonnabend, den 31. Mai 1924

19. Jahrgang

Die Overtüre.

Von Dr. Fritz M. v. M.

Das Gegenteil von Symphonie heißt Katakomben: Mißklang überster Art. Es war eine widerliche Katakomben, was als Overtüre am 27. Mai 1924, dem Tage des ersten Zusammentritts des neuen Reichstages, im Ballotbau zu Berlin aufgeführt wurde, und man mußte sich als Deutscher schämen, Zeuge dieses Jammerspiels zu sein.

Ein Jammer war es schon, daß die Reichsregierung sich nun doch noch im letzten Augenblick entschlossen hatte, zurückzutreten, ohne vor dem Reichstag erschienen zu sein und ihn vor die Entscheidung gestellt zu haben, grundsätzlich für oder gegen ihre politische Stellung zu nehmen. Schlimmer noch als dies war die Tatsache, daß auch diesmal die Reichsregierung zurücktrat, ohne daß vorher Klarheit über die Möglichkeiten der Bildung einer neuen Regierung geschaffen war. Wußte das sein? Die Mittelparteien, die hinter der Regierung standen, befanden sich in sachlich starker Position. Die Regierung gab kampflos diese starke Stellung auf, weil die Volkspartei einen unüberwindlichen Drang aus der Mitte heraus nach rechts verspürte. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entsprechend der bisherigen Haltung der Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres, einstimmig beschlossen, die Demission des Kabinetts zu fordern. So lautet die parteiöffentliche Kundgebung der Deutschen Volkspartei am Morgen des Tages, an dem der Reichstag zusammentrat. Mit Verlaß: „entsprechend der bisherigen Haltung der Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres?“. Hat man heute schon vergessen, unter welcher Parole Stresemann den Wahlkampf führte? Weiß man schon nach wenigen Tagen nicht mehr, welche Antwort die Reichsregierung einschließlich Dr. Stresemann und Jarres erteilte, als sie zum Rücktritt aufgefordert wurde? Hat man nicht mehr an die verhängnisvollen Folgen gedacht, welche schon so oft der politische Wahnsinn gesettigt hat, daß man in der Zeit außerparlamentarischer Entscheidungen zu den bergehoch und unlagern den Schwierigkeiten noch die einer Regierungskrise hinzu konstruierte? Die Geschichte ist für uns Deutsche dazu da, daß man nichts aus ihr lernt — diese bittere Erkenntnis Leopold von Ranke scheint unser Berufsamt zu bleiben zu sollen. Unsere ganze Lage schreit geradezu nach raschem und entschlossenem Handeln, nach Klärung und Entfaltung, nach Zusammenfassung der Kräfte, und ausgerechnet in diesem Augenblick zerteilt sich der Block der Mitte, anstatt sich stark zu machen. Der Jap nach rechts in der völksparteilichen Reichstagsfraktion muß unüberwindlich gewesen sein, denn im Drama ihn zu befriedigen, kam es der Fraktion selbst darauf nicht an, den einst vergötterten Führer, den jetzigen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den Deutschnationalen zum Opfer zu bringen. Man wird solches Verhalten mit schönen Formulierungen zu erklären suchen. „Das Vaterland über die Partei und auch über Stresemann.“ Aber das wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß doch eben die Außenpolitik Stresemanns nach der bisherigen Auffassung der Partei im ausgesprochenen Interesse des Vaterlandes lag. Ueber die Vorgänge und Ergebnisse der Regierungsbildung wird später noch besonders zu sprechen sein. Jedenfalls kann aber heute schon soviel gesagt werden, daß diese ganze Regierungskrise durchaus keine politische Notwendigkeit und ihre Herbeiführung keine politische Klugheit war.

Doch was noch schlimmer ist: der Reichstag, auf den Millionen Deutscher hoffend geblickt hatten, auf den die Augen der Welt mit Spannung gerichtet waren, beginnt seine Arbeit mit Szenen, die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Daß die 82 Kommunisten für den Reichstag ein schwer zu verbauender Wissen sein würden, konnte für niemand zweifelhaft sein, der aus dem praktischen, politischen und parlamentarischen Leben heraus dieses Gemisch von Pathologie und Unfähigkeit kennt, aber was sich da ereignete, übertraf die größten Befürchtungen. Abenteurern doch Tausenden von deutschen Arbeitern solche Szenen zeigen, viele von ihnen würden erschrecken vor denen, die sich als Arbeitervertreter ausgeben und würden sich mit Ekel von diesem Gebahren abwenden, das sowohl die Volkvertreterung, als auch das Kulturniveau des deutschen Arbeiterstandes auf das tiefste diskreditieren muß. Was mögen wohl die Vertreter der ausländischen Nationen in der dicht gefüllten Diplomatensloge angesichts dieser kommunistischen Taktstücken empfunden haben? Wenn etwas einigen Trost bot, so war es die offensichtlichste Erscheinung, daß das Gefühl der Beschämung am stärksten auf den Gesichtern der 100 Sozialdemokraten geschrieben stand. „Und solche Leute werden von deutschen Arbeitern gewählt“ — es war ein Sozialdemokrat, dem sich dieser Hochlauter entwand. Wenn es am zweiten Tage auch gelang, wenigstens die Konstituierung

des Präsidiums durchzuführen, so darf man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon bald weitere Würdelosigkeiten von den extremen Flügeln zu erwarten sein werden. Die Gegner des Parlamentarismus werden sagen: seht, so sieht die Reife des deutschen Volkes für die parlamentarische Staatsform aus! Tatsächlich sind es moskowitzische Wellen, die hier bis in den deutschen Reichstag herüber branden, und die Vorgänge, die wir erleben mußten, sind der Versuch einer auf Gewalt und unter Kontrolle Moskaus handelnden, toll gewordenen Minderheit, den Parlamentarismus zu zerstören. Damit ist auch der Weg gekennzeichnet, den ein deutsches Parlament aus ureigenem Selbsterhaltungstrieb zu gehen hat. Der Reichstag, der nicht mit allen, auch mit den äußersten Mitteln sich und seine Arbeit für das deutsche Volk gegen solche Erscheinungen zu schützen mußte, hätte tatsächlich keine Daseinsberechtigung mehr.

Ob der neue Reichstagspräsident die kommunistische Schmutzluft wird weihn können, wird sich sehr bald zeigen. Es war sehr bedauerlich, daß der bisherige, in den schwierigsten Augen bewährte Präsident Lobe parteipolitischen Ambitionen geopfert wurde; er war ganz zweifellos der geeignete Mann für diesen Posten. Es ist fast amüßig zu sehen, wie so manche Partei in Fragen der Präsidentenwahl ihre Prinzipien wechselt, je nachdem, sie Aussicht auf Erfolg bei Besetzung der Stelle hat. Dieselben Parteien, die bei den Wahlen des Vorsitzenden eines Gemeinderates den Grundsatz nicht gelten lassen wollen, daß die stärkste Partei den Präsidenten zu stellen hat, versteifen sich in Landtagen und im Reichstag starr auf diesen Standpunkt. Nun, für den Reichstag liegen die Dinge sehr klar. Der Grundsatz, daß die stärkste Partei bei Besetzung des Präsidentenpostens berücksichtigt werden mußte, ist von allen Parteien bei Veratung der Geschäftsordnung abgelehnt worden; vor allem haben auch die Deutschnationalen zu einer Zeit, als sie noch keine Aussicht auf den Präsidenten hatten, sich uneingeschränkt auf diesen Standpunkt gestellt. Tatsächlich sind auch wiederholt Vertreter kleinerer Fraktionen zum Präsidenten gewählt worden. Der Reichstag hat sich also zu dem Grundsatz bekannt, daß die persönliche Eignung das ausschlaggebende Moment sei. Und von diesem Gesichtspunkt aus war zweifellos der bisherige Präsident Lobe der geeignete Mann. Er beherrschte souverän die technische Seite der Geschäftshandhabung, und sein ruhiges, sicheres würdiges Auftreten hat selbst seinen politischen Gegnern rückhaltlos Anerkennung und Hochachtung abgenötigt. Gerade jetzt, wo so außerordentlich viel von der Handhabung der Geschäfte und der Sitzungsabläufe abhängt, hätte man auf eine solche bewährte Kraft nicht verzichten dürfen. Ob der neue Präsident sich in gleicher Eignung bewähren wird, läßt sich in den ersten Sitzungen noch nicht beurteilen; man wird ihm persönlich eine gewisse Schonzeit zubilligen müssen, aber die Ergebnisse werden ihn wahrscheinlich sehr bald vor eine Lage stellen, wo er wird zeigen müssen, welche Qualitäten er für seinen Posten mitbringt.

Die Overtüre, unter der sich der Vorhang über den neuen Reichstag hob, war voll von Mißklängen; ob in dem nachfolgenden Konzert die vorhandenen Disharmonien sich in eine leidliche Harmonie auflösen wird, ist mehr als zweifelhaft. Der gegenwärtige Reichstag scheint das Schulbeispiel dafür werden zu wollen, welcher Ton in einem Parlament maßgebend wird, in dem der Nationalismus die Rolle spielt, die ihm durch den Ausfall der letzten Wahlen durch das deutsche Volk zugewiesen worden ist: „Jedes Volk hat das Parlament, das es verdient.“

Hergt erneut beim Reichskanzler.

Wie verlautet, ist der Führer der Deutschnationalen Hergt im Laufe des Freitagvormittags vom Reichskanzler empfangen worden. Am 11 Uhr tagte die Deutsche Volkspartei, um über die Lage im allgemeinen zu sprechen. Zur selben Stunde kam auch das Zentrum zusammen. Die Sitzung der deutschnationalen Fraktion wird erst nachmittags um 5 Uhr beginnen.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei

bleibt am Freitag gemeinsam mit der demokratischen Reichstagsfraktion und dem Vorstehen der demokratischen Preußenfraktion eine Sitzung ab, die um 10 Uhr vormittags begann und sich bis in die späten Nachmittagsstunden erstreckte. Es fand eine eingehende Aussprache über die politische Lage insbesondere über die Regierungsbildung statt; da aber das politische Bild im Reichstage fast jede Stunde wechselte, so war es natürlich nicht möglich, endgültige Beschlüsse zu fassen. Immerhin erfüllte die Diskussion in weitem Umfange den Zweck, eine Klärung der Ansichten herbeizuführen.

Die Führer der Mittelparteien bei Marx.

Reichskanzler Marx hatte nach seiner Unterredung mit dem deutschnationalen Führer Hergt am Freitag eine Besprechung mit den Führern der drei Mittelparteien, dem Abg. Fehrenbach vom Zentrum, Koch von den Demokraten und Scholz von der Deutschen Volkspartei. Eine Klärung der politischen Lage ist bisher noch nicht eingetreten. Wie man aus Kreisen der preussischen Regierungsparteien hört, denken diese nicht daran, sich die Entscheidung über die preussische Koalition aus der Hand nehmen zu lassen.

Anträge im Reichstage.

Das Zentrum hat folgende Anträge Fehrenbach u. Gen. eingebracht, die Reichsregierung zu eruchen: 1. das Reichsschulgesetz vorzulegen, 2. den Art. 149 der Reichsverfassung (Religionsunterricht) auszuführen, und 3. das Privatschulwesen (Art. 147 der Reichsverfassung) grundsätzlich zu regeln. — Weiter hat die Zentrumspartei zur Ergänzung des Beamtenbesoldungsgesetzes des Reichstages einen Antrag eingebracht, der dahin geht, daß die Reichsregierung in Verbindung mit den Ländern das Gesetz unversichtlich einer Nachprüfung unterziehen möge mit dem Ziel, bei den unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine Aufbesserung der Bezüge eintreten zu lassen.

Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag Bräunighaus u. Gen. eingebracht, die Zulagen an Angehörige der ehemaligen Wehrmacht, nämlich die Kriegszulage, die Trophäenzulage, die Luftdienstzulage, die Seefahrtzulage usw. den jetzigen Verhältnissen neu anzupassen und sobald wie möglich zur Auszahlung zu bringen. Weitere Anträge beziehen sich auf die Abänderung des bisherigen Kriegsschadensgesetzes, insbesondere das Liquidationsschadensgesetz, und auf die Wiedergutmachung der völkerrrechtswidrigen Verteilung des deutschen Auslandsbesitzes die bei den kommenden Verhandlungen zur Lösung des Reparationsproblems gefordert werden soll.

Dr. Schacht über die Kreditpolitik der Reichsbank.

Berlin, 30. Mai. In der heutigen Zentralausschussung der Reichsbank machte Dr. Schacht u. a. folgende Ausführungen zur Kreditpolitik der Reichsbank: Durch die weiteren Einziehungen von Notgeld und kleinen Goldanleihestücken ist der gesamte Zahlungsmittelumlauf auf den Stand Anfang des Jahres zurückgegangen. Erfreulich ist, daß an Notgeld zurzeit nur etwa 175 Millionen Mark in Umlauf sind (gegen 1 Milliarde am Jahresende). Die Wirkung der zurückhalten den Kreditpolitik der Reichsbank auf die Devisenlage und auf den Kurs der Mark ist offensichtlich. Die Devisenzuteilungen haben ganz erhebliche Erhöhungen erfahren können. Die Entwicklung der Mark im Auslande ist in letzter Zeit dauernd günstig gewesen. Die valutarische Situation der Reichsbank hat sich erheblich verbessert. Die Reichsbank ist nach wie vor entschlossen, ihre Kreditpolitik von währungsrechtlichen Erwägen beherrschten zu lassen. Die 800 Millionen Rentenmark, welche die Reichsbank noch nicht abgehoben hat, müssen dienen 1. zur Deckung gegenüber zurzeit 540 Millionen täglich flüssiger Rentenmark, Giroverbindlichkeiten, 2. zur eventuellen Auffüllung der Kassenbestände gegen Rentenmarkcheine, die in den über 400 Reichsbankstellen täglich gehalten werden, und 3. als Krisenreserve.

Eine Erhöhung der Papiermarkausgabe seitens der Reichsbank ist ebensowenig möglich, wie die Inangriffnahme dieser 800 Millionen Rentenmarkreserven, da die Höhe des als Papiermarkdeckung dienenden freien Goldbestandes eine Vermehrung der Papiermarkausgabe nicht zuläßt. Es bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als daß die deutsche Wirtschaft sich nach der Deckung streckt. Eine neue Inflation wäre nur eine Scheinhilfe.

Das Reichsbankdirektorium hat sich ferner an die zuständigen Regierungsstellen gewandt mit dem dringenden Ersuchen, die Geschäftsaufsicht zu befeitigen oder zu mindestens ihre Ausübung unmbglich zu machen.

Der Landwirtschaft ist über die bisher gewährten Kredite von rund 800 Millionen Mark hinaus noch mehr ein ansehnlicher Betrag für Auswinterungsschäden zugewendet worden. Die Reichsbank ist an die zuständigen Regierungsstellen herangetreten mit Vorschlägen über die weitere Beschaffung von langfristigen landwirtschaftlichen Krediten.

Alle Bemühungen um die Behebung der Kreditnot werden jedoch schiefgehen, wenn nicht schleunigstens Arbeitsvertriebe im Innern und eine Regelung unserer Verbindlichkeiten an das Ausland eintritt. Der Zentralausschuss erteilte diesen Erklärungen einstimmig seine Zustimmung.